

Fernsprecher Nr. 22.

Die „Sächsische Elbzeitung“ erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Die Ausgabe des Blattes erfolgt Tags vorher nachm. 4 Uhr. Abonnements-Preis vierteljährlich 1.50 Mk., 2monatlich 1 Mk., 1 monatlich 50 Pfg. Einzelne Nummern 10 Pfg.

Alle kaiserlich. Postanstalten, Postboten, sowie die Zeitungsträger nehmen stets Bestellungen auf die „Sächsische Elbzeitung“ an. Tägliche Roman-Beilage. Sonnabends:

„Illustriertes Unterhaltungsblatt“.

Sächsische Elbzeitung.

Amtsblatt

für das königliche Amtsgericht, das königliche Hauptzollamt und den Stadtrat zu Schandau, sowie für den Stadgemeinderat zu Hohnstein.

Verantwortlicher Redakteur: Hugo Lehmann, Schandau. — Druck und Verlag: Vegler & Zeuner Nachf.

Inseraten-Annahmestellen: In Schandau: Expedition Zantenstraße 134; in Dresden und Leipzig: die Annoncen-Bureaus von Haafenstein & Vogler, Invalidentausch und Rudolf Woffe; in Frankfurt a. M.: G. L. Daurbe & Co.

Nr. 23.

Schandau, Sonnabend, den 21. Februar 1914.

58. Jahrgang.

Stadt-Sparkasse zu Schandau.

Geöffnet für Ein- und Rückzahlungen an jedem Werktag vormittags von 8—12 Uhr und nachm. von 2—4 Uhr. Sonnabends durchgehend von 8—3 Uhr. Zinsfuß 3 1/2 %.

Ämtlicher Teil.

Ueber den Nachlaß des am 8. Dezember 1913 verstorbenen Fischers und Materialwarenhändlers Arno Ewald Wulke in Mittelndorf wird heute am 19. Februar 1914 nachmittags 5 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Der Lokalkrieger Knüpfel in Schandau wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 18. März 1914 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf

den 18. März 1914, vormittags 10 Uhr

und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf

den 8. April 1914, vormittags 10 Uhr

vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Wer eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz hat oder zur Konkursmasse etwas

schuldig ist, darf nichts an den Gemeinschuldner verabfolgen oder leisten, muß auch den Besitz der Sache und die Forderungen, für die er aus der Sache abgeforderte Befriedigung beansprucht, dem Konkursverwalter bis zum 18. März 1914 anzeigen.

Schandau, am 19. Februar 1914.

Königliches Amtsgericht.

Holzversteigerung auf Hinterhermsdorfer Staatsforstrevier.

Donnerstag, den 26. Februar 1914, von vorm. 10 Uhr an, im Hotel „Sächsischer Hof“ in Sebnitz: 8 h. u. 10091 w. Nöge. Kahlschläge in den Abt. 9 u. 11. Kgl. Forstrevierverwaltung Hinterhermsdorf u. Kgl. Forstrentamt Schandau.

Die städtische Sparkasse zu Hohnstein

verzinst Einlagen mit 3 1/2 Prozent.

Nichtamtlicher Teil.

Politische Tagesübersicht.

† Der Kaiser wird, Meldungen aus anscheinend unterrichteter Wiener Quelle zufolge, Anfang Juni zu einem kurzen Besuch beim Kaiser Franz Josef eintreffen. Vorher stattet Kaiser Wilhelm dem Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand auf dessen Einladung wiederum einen Jagdbesuch in Schloß Ronopisch ab. — Im kommenden März gedenkt der Kaiser einen kurzen Nordseeausflug zur Besichtigung des Standes der Befestigungsbauten auf der Insel Helgoland zu unternehmen. Der Monarch tritt die Ueberfahrt nach Helgoland von Wilhelmshafen aus an, wo er vorher der Vereidigung der Marine-Rekruten der Nordsee-Station beizuwohnt.

* Die Rundreise des Prinzen zu Wied. Der König von England hat am Mittwoch nachmittag dem Prinzen zu Wied das Ritterkreuz des Königin-Viktoria-Ordens verliehen. Abends nahm der Prinz an einem Diner auf der deutschen Botschaft teil und reiste dann nach Paris ab, wo er inzwischen eingetroffen ist. Am Donnerstag mittag wurde er vom Präsidenten Poincaré empfangen, ebenso vom Minister des Aeußeren. Der Prinz wird heute, Freitag, in Neuwied erwartet. Die Deputation kommt nach der Anbetung der Krone am Sonnabend nach Köln zurück und fährt am Sonntag nach Leipzig und von dort mittels eines vom Fürsten Schönburg-Waldenburg, dem Vater der Prinzessin zu Wied, bereitgestellten Extrazuges nach Schloß Waldenburg. — Die Schnelligkeit, mit der der Prinz seine Londoner und Pariser Reise erledigte, hat ihm bereits vor seinem Regierungsantritt einen Beinamen verschafft. Man nennt ihn in Paris „Wilhelm den Eiligen“.

* Aus dem Landtage. Die Zweite sächsische Kammer erledigte am Mittwoch zuerst das Dekret über Abänderung des Schlachtviehvericherungsgesetzes, indem sie der Gesetzgebungs-Deputation überließ, die Abänderungen auf ihre Durchführbarkeit zu prüfen. Dann entwickelte sich eine vielstündige Debatte über eine Interpellation Dpitz und einen Antrag Dr. Roth, die beide Abänderung der Bestimmungen des Wassergesetzes verlangten. Während aber Vizepräsident Dpitz sich besonders gegen die hohen Beitragslasten der Zwangsanlieger wandte, wünschte Dr. Roth ein Enteignungsrecht der Gemeinden über zur Wasserversorgung nötige Quellen und Wasserläufe. Staatsminister Graf Bixthum bestritt teilweise die Härten des Gesetzes, gab aber andererseits zu, daß die Wassergenossenschaften sich erst einleben müßten, und die Regierung in bestimmten Fällen zu einer Unterstützung bereit sei. Die nachfolgende Aussprache, an der die Abgeordneten Nitzsche (Leutisch), Dr. Böhme, Nitzsche, Dr. Diemel, Gleisberg, Schmidt (Freiberg) u. a. teilnahmen, zeitigte wenig neue Momente. Im allgemeinen wurden die Beiträge der Anlieger als unerträglich bezeichnet und die gegründeten Wassergenossenschaften als wenig wirkungsvoll. Ministerialdirektor Dr. Schelcher versuchte die erhobenen Einwendungen gegen die Ausübung des Gesetzes zu widerlegen, doch vermochte er die gegnerischen Stimmen nicht zu überzeugen. Die Gesetzgebungs-Deputation soll nach dem Wunsche des Antragstellers Gelegenheit nehmen, den Uebelständen auf den Grund zu gehen, und sie möglichst zu beheben.

† Die Reichstagskommission für den Gesehentwurf über die Erweiterung der Sonntagsruhe lehnte am Dienstag einen von den Sozialdemokraten und der Wirtschaftlichen Vereinigung gestellten Antrag auf Einführung der vollständigen Sonntagsruhe mit 17 gegen 11 Stimmen ab. — Die Kommission des Reichstages bezüglich der Dauer der Sonntagsarbeit in den Gemeinden unter 75 000 Einwohnern hat einen Kompromißantrag angenommen, der eine Beschäftigungsdauer bis zu 3 Stunden zuläßt mit der Maßgabe, daß in Gemeinden mit 10 000 oder mehr Einwohnern diese Beschäftigungsdauer ununterbrochen sein muß.

* Die Reichstagskommission für Wanderlager und Hausierhandel setzte ihre Beratungen bei dem Antrage des Zentrums und der Konservativen fort, der Uhren jeder Art vom Hausierhandel ausschließen will. Der Antrag wurde mit 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt. Der Antrag der Konservativen, auch Herrenanzugstoffe dem Hausierhandel zu entziehen, wurde zurückgezogen, da die Bedürfnisnachfrage später erörtert werden soll. Das Verbot des Hausierhandels mit Menschenhaaren wurde aufrecht erhalten.

* Talsperrenbau in Sachsen. Die sächsische Regierung hat den Ständen eine Denkschrift über Wasserbau-Angelegenheiten vorgelegt. In dem Dekret berechnet die Regierung auf Grund örtlicher Erhebungen die Kosten für Regelung und Verbauung der Wasserläufe auf insgesamt 47 090 054 Mark. In Sachsen sind 72 geeignete Talsperrengebiete vorhanden. Bei Ausführung sämtlicher 72 Talsperren würde sich die Gesamtsumme der vorübergehenden Kapitalaufwendung auf 86 250 000 Mk. stellen.

Oesterreich-Ungarn.

† Der kommandierende General des 16. österreichischen Armeekorps in Ragusa, Schemua, ist zum Kommandanten des 2. Korps in Wien ernannt worden. Schemua war vor seiner Ernennung zum Korpskommandeur in Ragusa Generalstabschef der gesamten bewaffneten Macht Oesterreich-Ungarns, anstelle des damals infolge von Differenzen mit dem Thronfolger Franz Ferdinand von diesem Posten zurückgetretenen Generals Konrad v. Högen-dorff, der bekanntlich nach kurzer Frist wiederum zum Generalstabschef ernannt wurde.

Rußland.

† In Petersburger politischen Kreisen erhalten sich die Gerüchte, wonach der neue Ministerpräsident Goremykin lediglich zum Plahhalter für den Grafen Witte, den früheren leitenden Staatsmann des Zarenreiches, bestimmt sei. Graf Witte soll seine Hand mit bei den Ränken im Spiele gehabt haben, welche schließlich zum Rücktritt des Ministerpräsidenten Kokowzow führten. — Zar Nikolaus empfing am Mittwoch in Zarskoje Selo den neuen französischen Botschafter Palöogue in feierlicher Antrittsaudienz, welcher der Minister des Auswärtigen Saffonow beizuwohnte.

* Der „Petersburger-Kurier“ meldet, daß der russische Botschafter in Paris, Jewolski, in den nächsten Tagen zurücktreten werde. — Die Regierung wird sich nicht mit der Heeresvermehrung an der Westgrenze begnügen, in den nächsten Tagen soll vielmehr der Duma auch eine neue große Flottenvorlage zugehen.

Schweden.

* In beiden Kammern des Reichstages wurde von der neuen Regierung eine Erklärung abgegeben, in der es heißt, durch den Konflikt zwischen dem König und seinen früheren Ratgebern dürfe die Lösung der Verteidigungsfragen nicht verschoben werden. Die Regierung wolle dem König vorschlagen, daß die Vorlage für eine neue Verteidigungsordnung erst dann dem Reichstage vorgelegt werde, wenn die Wähler durch die Auflösung der Zweiten Kammer Gelegenheit gehabt hätten, mit Rücksicht auf diese Frage ihr Wahlrecht auszuüben. Die Absicht der Regierung sei, die Anhänger der Verteidigungsvorlage aus den verschiedenen Parteien zu vereinigen. Die für die Verteidigung nötigen Mittel sollten in Form einer Verteidigungssteuer oder auf andere Weise unter Rücksichtnahme auf die wirkliche Steuerfähigkeit aufgebracht werden.

England.

* „Deutsches Gas in London“. Unter dieser Ueberschrift ziehen englische Blätter wieder einmal gewaltig gegen Deutschland vom Leder. Selbstverständlich handelt es sich nicht um die Einfuhr von wirklichem Gas, sondern nur von den Rohstoffen, aus denen es hergestellt wird: Kohlen. Die Londoner Gasgesellschaften haben nämlich im westfälischen Kohlengebiet eine Viertelmillion Tonnen gekauft, und über weitere 100 000 Tonnen schweben noch Verhandlungen. Damit ist beinahe ihr ganzer jährlicher Kohlenbedarf von 350 000 Tonnen gedeckt, der früher fast ausschließlich von Durham bezogen wurde. Begreiflicherweise hat dieser Kauf in den englischen Kohlengebieten große Erregung hervorgerufen. Die Gasgesellschaften hüllen die Gründe in geheimnisvolles Schweigen. Augenscheinlich handelt es sich um ein Experiment, da die deutsche Kohle sich zur Gasbereitung besser eignet als die englische.

Frankreich.

* Der Bericht, den der Deputierte Venacet im Namen des Heeresauschusses der französischen Kammer vorlegen wird, teilt mit, daß die Regierung anstatt der ursprünglich angekündigten außerordentlichen militärischen Ausgaben von 860 Millionen Franks 1410 Millionen Franks verlangen werde, und zwar 655 311 000 Franks anstatt 440 Mill. Franks für die Vermehrung des Mannschaftsbestandes auf dem Friedensfuße und 754 Millionen anstatt 420 Millionen Franks für die Verbesserung des Kriegsmaterials. Die Erhöhung der Ausgaben für die Vermehrung des Mannschaftsbestandes wird insbesondere durch die Annahme des Antrages Vincennes verursacht, durch den die vollständige Gleichheit der Dienstdauer festgesetzt und jede vorzeitige Entlassung abgelehnt wird. Was das Kriegsmaterial anbelangt, so legt Venacet eingehend dar, daß Frankreich sich gegenwärtig unzweifelhaft in einem bedenklichen Zustande der Inferiorität befindet. Ferner weist der Bericht auf die Notwendigkeit hin, das Heer mit großen Übungsplätzen auszustatten. Die Kosten dafür werden auf 130 Millionen Franks veranschlagt und auf fünf Jahre verteilt. Alle Punkte des Programms, so schließt der Bericht, entsprechen den Bedürfnissen, deren baldige Verwirklichung für die Sicherheit des Landes unerlässlich ist. Die Regierung möge das festgestellte Programm durchführen und die Kammer die Mittel dafür bewilligen.

Tel.-Adr.: Elbzeitung.

Anzeigen, bei der weiten Verbreitung d. Bl. von großer Wirkung, sind Montags, Mittwochs und Freitags bis spätestens vormittags 9 Uhr anzugeben. Preis für die 5 gespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg. (tabellarische und komplizierte Anzeigen nach Uebereinkunft.) Auswärtige Anzeigen 20 Pfg.

„Eingekandt“ und „Kellame“ 50 Pfg. die Zeile.

Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Alle 14 Tage: „Landwirtsch. Beilage.“